

## Positionspapier zur Hundegesetzgebung

Ende 2010 beschloss der Nationalrat trotz entsprechend durchgeführten Vorarbeiten im Parlament auf den Erlass eines nationalen Hundegesetzes zu verzichten. Dadurch blieben die Voraussetzungen der Hundehaltung grösstenteils in der Kompetenz der Kantone. In der Zwischenzeit haben die meisten Kantone ihre Hundegesetze überarbeitet. Da sich die Bestimmungen zwischen den einzelnen Kantonen teilweise massiv unterscheiden, entstand ein regulatorischer Flickenteppich. Sowohl für die Hundehalter wie für die Kantone ist diese Situation unbefriedigend. Der VHN setzt sich deshalb nach wie vor für eine umfassende Vereinheitlichung der Hundegesetzgebung auf Bundesebene ein. Die bestehende uneinheitliche Gesetzessituation führt zu Unsicherheit und praktischen Problemen, beispielsweise bei Hundehaltern die an einer Kantonsgrenze wohnen.

Einzelne Kantone haben in den Hundegesetzen verschiedene Hunderassen durch entsprechende Listen verboten. Der VHN steht solchen Verboten kritisch gegenüber. Generell entwickeln Hunde eine mögliche Aggressivität aber im Wesentlichen wegen einer falschen Haltung und Erziehung bzw. aufgrund des Einflusses durch den Menschen. Massnahmen sollten deshalb hauptsächlich auf den Menschen zielen. Verschiedene solche Pflichten wurden in den vergangenen Jahren bereits beschlossen. So sehen etwa viele Kantone eine Leinen- bzw. Maulkorbpflicht für sogenannte gefährliche Hunde sowie weitere Pflichten, teils auch auf Gemeindeebene, vor. Tierärzte, Tierheimverantwortliche, Zollbehörden, Hundeausbilder usw. sind gemäss der Tierschutzverordnung verpflichtet, aggressives Verhalten von Hunden bei den zust nden Veterin r mtern zu melden.

Der VHN begrüsst grundsätzlich solche Pflichten, soweit sie dem Schutz der Öffentlichkeit vor potenziell gefährlichen Hunden effektiv dienen. Stets sollte jedoch auch die Verhältnismässigkeit gewahrt sein. Der durch die Gesetze bestimmte administrative und finanzielle Aufwand sollte nicht soweit gehen, dass gewissen Menschen die Hundehaltung faktisch verunm glich wird.